

Bern, 12. September 2022

Herbstsession 2022: Empfehlungen von AvenirSocial

Sehr geehrte Mitglieder des Ständerates

Als Berufsverband der Sozialen Arbeit vertritt [AvenirSocial](#) die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Gemeindeanimation, Kindheitspädagogik und Arbeitsagogischer Leitung.

Was Sie als Parlamentarier*in entscheiden, hat direkte Folgen für die Profession, die Fachpersonen und die Adressat*innen der Sozialen Arbeit. Als Berufsverband sind wir bestrebt, dass Ihre Entscheidungen zu mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit führen. Ebenso streben wir die Ermächtigung der Menschen an, sodass eine selbstbestimmte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

Gerne übermitteln wir Ihnen nachfolgend unsere Empfehlungen zu Geschäften, die für die Herbstsession traktandiert sind und die Soziale Arbeit direkt betreffen. Unsere Empfehlungen zu früheren Geschäften finden Sie [hier](#).

22.3397 – Postulat SPK-SR «Der tiefen Einbürgerungszahl von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation auf den Grund gehen»

Behandlung am Montag, 12. September 2022

Empfehlung: Annahme

In der Schweiz zählen laut den [offiziellen Zahlen](#) 7.3. % der Bevölkerung zur sogenannten zweiten Generation, Menschen, die in der Schweiz geboren oder aufgewachsen sind und einen Migrationshintergrund haben. Davon besitzt wiederum ein Drittel (oder knapp 180'000 Personen) keinen Schweizer Pass. Die [Zahlen](#) zeigen auch, dass sich auch nur sehr wenige dafür entscheiden, den Schweizer Pass zu beantragen.

Dies ist demokratiepolitisch problematisch: in der Schweiz verfügen nur Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit über politische Rechte. Da Gesetze und Pflichten, unter anderem auch die Steuerpflicht, alle Menschen mit Wohnsitz in der Schweiz betreffen, sollten diese Menschen auch bei allen Gesetzen, die sie betreffen, mitbestimmen können. Zusätzlich zeigt sich in der Praxis der Sozialen Arbeit, dass sich eine fehlende Schweizer Staatsangehörigkeit für die Betroffenen beispielsweise negativ auf den Bezug von staatlichen Unterstützungsleistungen auswirkt und dies wiederum ihre Lebenssituation verschlechtert.

Das Postulat fordert deshalb vom Bundesrat einen Bericht, welcher in erster Linie Gründe für ein Nicht-Einreichen von Einbürgerungsgesuchen untersucht und gleichzeitig auch Gründe bezüglich Gesuchsablehnung eruiert. Mit dem geforderten Bericht werden wichtige Grundlagen für die Stärkung der politischen Mitsprache der Personen der zweiten Generation geschaffen und deshalb empfehlen wir Ihnen, dem Bundesrat zu folgen und das Postulat anzunehmen.

22.3561 – Interpellation «Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose»

Behandlung am Dienstag, 13. September 2022

Empfehlung: Annahme

Die Interpellation erbittet den Bundesrat, sich zum 2021 in Kraft getretenen Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose zu äussern. Denn nach rund einem Jahr zeigt sich in der Praxis, dass nur sehr wenige Personen die Leistungen zugesprochen bekommen.

AvenirSocial hatte ähnliche Befürchtungen bereits im [September 2019 in seiner Vernehmlassungsantwort](#) formuliert und beurteilte die Kriterien für den Leistungsbezug als zu eng gefasst: «[...] Gerade mal 5300 Personen sollen in den nächsten Jahren von den Leistungen profitieren, das scheint uns zu restriktiv – alleine 2018 wurden gemäss Erläuterndem Bericht gut 6500 Frauen und Männer ab 55 Jahren ausgesteuert». Weiter schätzten wir das definierte Alter von 60 Jahren für den Bezug von Leistungen als zu hoch angesetzt an: bereits ab 55 Jahren ist das Risiko gross, langzeitarbeitslos zu werden.

Aus diesem Grund und mit dem Ziel des Bundesgesetzes, soziale Sicherheit für ältere Arbeitslose zu schaffen, empfehlen wir Ihnen die Interpellation zur Annahme.

22.3802 respektive 22.3801 – Motion «Kaufkraft schützen Abfederung des Prämienschocks 2023 durch sofortige Erhöhung des Bundesbeitrages an die individuelle Prämienverbilligung»

Behandlung am Montag, 26. September 2022

Empfehlung: Annahme

Die Coronakrise hat es deutlich aufgezeigt: Menschen in sozioökonomisch schwierigen Verhältnissen sind in Krisensituationen weniger gut gewappnet, die Gefahr von einem Leben in Armut war und ist real. Dies ist für AvenirSocial nicht tragbar, auch deshalb, weil immer auch Kinder und Jugendliche davon betroffen sind.

Die aktuelle wirtschaftliche Lage drückt auf die Budgets von einkommensschwächeren Haushalten und kann zu Abstrichen bei den Grundbedürfnissen führen. Die langfristigen individuellen (physische und psychische Gesundheit, soziale Isolation) sowie die gesellschaftlichen Folgen davon wären aber immens.

Im Sinne von möglichst raschen Massnahmen zur Verhinderung von noch prekäreren Lebenssituationen von Armutsbetroffenen appellieren wir an Sie, beide Motionen anzunehmen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung der Anliegen. Für Rückfragen stehen ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Annina Grob
Co-Geschäftsleiterin